

Die Krise in Georgien: Das Ende der »Rosenrevolution«?

Uwe Halbach

Auf Demonstranten einprügelnde Polizisten lieferten am 7. November ein negatives Kontrastbild zur friedlichen »Rosenrevolution«, bei der nicht eine einzige Fensterscheibe zu Bruch gegangen war. Die Reaktion der georgischen Regierung auf die Massenproteste wirft Schatten auf die staatliche Erneuerung Georgiens. Besonders in russischen Stellungnahmen wurde die Meinung deutlich, der Westen müsse sich von einer idealisierenden, realitätsfernen Vorstellung von Georgien verabschieden, wie sie in Präsident Bushs Wort vom »Leuchtturm der Freiheit für die Region und die Welt« auf plakative Weise zum Ausdruck kommt. Europa und die USA äußerten Kritik an den Übergriffen der Polizei, an der Erstürmung und Schließung des Oppositionssenders *Imedi* und der Verhängung des Ausnahmezustands, der bald darauf rückgängig gemacht wurde. Ist die zwischen September und November 2007 zugespitzte innenpolitische Krise tatsächlich die in vielen Kommentaren behauptete Zäsur?

Die in Europa verbreitete Einschätzung des »neuen Georgiens« war schon immer differenzierter als jene, die sich in der Lobpreisung des amerikanischen Präsidenten artikuliert. Kritik am Herrschaftsstil des jungen Präsidenten Saakaschwili wurde von europäischer Seite bereits 2004 laut, der Europarat zum Beispiel zeigte sich besorgt über das »super-präsidentielle System«, das sich in Georgien bilde. Dessen ungeachtet konnte das Land unter der neuen Führung in internationalen Indizes zu Regierungsführung und Wirtschaftsreform Positionsgewinne verzeichnen. Trotz repressiver Umfeldbedingungen konsolidierte Georgien sein Wirtschaftswachstum, vervielfachte seinen Staatshaushalt und stärkte seine

inneren und äußeren Sicherheitsorgane. Was bislang fehlt, ist eine Verbesserung des Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung. Doch ein solcher »trickle-down«-Effekt stellt sich auch bei einem Nachbarn wie Aserbaidshan nicht ein, der seit Jahren ein exorbitantes rohstoffgetriebenes Wirtschaftswachstum verbucht.

Soziale Frustration

Zu Beginn des Jahres 2007 zeigte eine Umfrage unter 1500 wahlberechtigten Bürgern Georgiens folgendes Stimmungsbild: Auf die Frage, in welche Richtung sich das Land entwickle, antworteten 48 Prozent mit »in die richtige Richtung« (2004: 65%), 41 Pro-

zent mit »in die falsche Richtung« (2004: 24%), 11 Prozent waren unentschlossen. Gefragt, wie sie die demokratische Entwicklung einschätzten, äußerten sich noch 51 Prozent positiv, 73 Prozent beschrieben die »Stimmung der Nation« als eher optimistisch. Als Hauptprobleme wurden Arbeitslosigkeit (58% unter allen Nennungen), die ungelösten Sezessionskonflikte (37%) und der Zustand der Wirtschaft (30%) genannt. Der Enthusiasmus für den staatlichen Neubeginn nach der »Rosenrevolution« hatte nachgelassen. Aber ein radikaler Stimmungsumschwung gegen die aus ihr hervorgegangene Regierung war aus diesen Antworten noch nicht herauszulesen.

Doch die im Herbst 2007 eskalierte innenpolitische Krise hat die Stimmung verdüstert. Georgische und auswärtige Experten weisen darauf hin, dass das Image Präsident Saakaschwilis und der Regierung inzwischen nachhaltig gelitten hat. Sie erklären die breite Beteiligung an den politischen Demonstrationen (am 2.11. waren es mindestens 80 000 Personen) mit sozialer Frustration. Saakaschwili reagierte mit einer Regierungsumbildung. Mit Lado Gurgenidze, dem Vorstandsvorsitzenden der Bank of Georgia, ernannte er einen neuen Premierminister und erteilte ihm den expliziten Auftrag, sich der sozialökonomischen Probleme des Landes anzunehmen. Dieser bestätigte gegenüber Reportern: »Die Botschaft des Volkes ist angekommen. Sie lautet: mehr Nachdruck auf die Schaffung von Arbeitsplätzen«.

Die bisher noch nicht sichtbar gewordene sozialpolitische Dimension der Erneuerung Georgiens wird für die Zukunft der amtierenden Machtelite entscheidend sein. Für ihre neoliberalen Wirtschaftsreformen hatte die georgische Regierung von außen bisher gute Noten bekommen. So sprang Georgien im Weltbankbericht *Doing Business 2007* von Rang 100 im Vorjahr auf Rang 37 unter 175 untersuchten Volkswirtschaften. Trotz der massiven wirtschaftlichen Strafmaßnahmen, die Russland 2006 gegen Georgien verhängte, hielt sich die BIP-Wachstumsrate auf einem Niveau von etwa

9 Prozent. Aber noch partizipieren zu wenig Bevölkerungsteile am Wirtschaftswachstum. Mindestens ein Drittel der Georgier lebt immer noch unterhalb der Armutsgrenze. Viele Familien sind für ihren Lebensunterhalt auf Überweisungen von Angehörigen angewiesen, die im Ausland arbeiten. Zwar lag das durchschnittliche Haushaltseinkommen im vergangenen Jahr 13 Prozent über dem von 2005, aber die nominalen Einkommensverbesserungen werden durch rasante Preissteigerungen aufgezehrt. Die Arbeitslosigkeit hält sich (nach offiziellen Angaben) auf einem Stand von über 13 Prozent. Die Renten wurden zwar verdoppelt, liegen aber mit rund 17 Euro immer noch weit unter dem Existenzminimum.

Die politische Krise

Der Hinweis auf die soziale Misere soll die politische Dimension der Proteste nicht in Abrede stellen. Bereits nach den Verfassungsreformen Anfang 2004, mit der die Exekutive gestärkt und handlungsfähiger gemacht, Gewaltenteilung und politischer Pluralismus aber eingeschränkt wurden, setzten sich anfängliche Mitstreiter der »Rosenrevolution« von den neuen Machthabern ab. Die Präsidialautokratie entwickelte unter Saakaschwili schärfere Konturen als unter dem »ancien régime«. Nach den Wahlen vom März 2004, die der *Vereinten Nationalen Bewegung* einen deutlichen Sieg (67%) brachten, wurde das von den Verfassungsänderungen ohnehin geschwächte Parlament von den neuen Regierungskräften dominiert. Auch die Zivilgesellschaft, deren Rolle bei der »Rosenrevolution« von ausschlaggebender Bedeutung gewesen war, veränderte sich. Nach dem Machtwechsel trat ein Teil ihrer exponiertesten Persönlichkeiten in die Regierung ein. Man sprach von »Enthauptung« und »Verstaatlichung« der Zivilgesellschaft. Medien wie der Fernsehsender *Rustavi-2*, die der »Rosenrevolution« ihr Gesicht gegeben hatten, wurden regierungsfreundlich. Kritiker stellten eine Schwächung aller drei Säulen der Zivilgesellschaft fest – der politischen

Parteien, der Medien und der Nichtregierungsorganisationen.

Aus dem Unbehagen erwuchs noch keine politische Herausforderung für Saakaschwili. In Georgien blieb die aus einer »Farbrevolution« hervorgegangene Regierung fester im Sattel als in den Vergleichsfällen Ukraine und Kirgistan. In entscheidenden innen- und außenpolitischen Fragen – Stärkung der Souveränität, euroatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, zügige Reintegration abtrünniger Landesteile, Kampf gegen Korruption und Erscheinungen fragiler Staatlichkeit – war dem Programm der Regierung wenig entgegenzusetzen. Angriffsflächen bot allenfalls dessen Umsetzung. So wurde schon früh Kritik an Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung laut, die in Widerspruch zu rechtsstaatlichen Normen standen. Beklagt wurden Einschränkungen der Unabhängigkeit der Gerichte. Der dringende Reformbedarf im Justizsektor rückte sogar in den Mittelpunkt der europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber Georgien.

Der Auslöser für die akute Krise war ein Fernsehinterview des ehemaligen Verteidigungsministers. Der ein Jahr zuvor aus der Regierung entlassene Irakli Okruaschwili, der in der Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens als Falke galt, trat Ende September 2007 mit schwerwiegenden Anklagen gegen Präsident Saakaschwili (Machtmissbrauch, Ausschaltung politischer Gegner etc.) auf und wurde kurz darauf verhaftet. Dieser Vorgang veranlasste zehn Oppositionsparteien, sich zu einer Koalition zusammenzuschließen. Die innenpolitische Spannung nahm derart zu, dass der Patriarch der Orthodoxen Landeskirche die Parteien zur nationalen Einheit aufrief. Die Affäre Okruaschwili fügte dem Image der »georgischen Demokratie« in mehrfacher Hinsicht Schaden zu. Erstens setzte sich die Regierung mit der Verhaftung des früheren Ministers (Anklage auf Korruption und Amtsmissbrauch) unmittelbar nach dessen Angriff auf den Präsidenten in ein schlechtes Licht. Sie weckte erneut Zweifel an der Unabhängigkeit der Justiz, auch wenn die

Behörden beteuern, dass das Verfahren gegen Okruaschwili lange vor dessen Fernsehauftritt eingeleitet worden sei. Zweitens legen die Beschuldigungen gegen ihn nahe, dass die höchste Regierungsebene auch *nach* der »Rosenrevolution« von Korruption infiziert war. Auch die Opposition diskreditierte sich, indem sie sich um eine politische Figur scharte, die unlängst noch als unseriöser Hardliner innerhalb der engeren Machtelite gegolten hatte. In der weiteren Entwicklung verlagerte sich die politische Auseinandersetzung auf grundsätzliche Themen. Gestritten wurde nun über den Zeitpunkt der nächsten Parlamentswahlen, über den Herrschaftsstil Saakaschwilis und die Forderung der Opposition nach Freilassung »politischer Gefangener«.

Die Opposition

Aus Anlass der Affäre Okruaschwili bildete sich ein Oppositionsbündnis, dem sich schon länger etablierte Parteien (*Republikaner, Labour, Konservative Partei, Weg Georgiens* u.a.), Neugründungen wie Okruaschwilis *Bewegung für die Einheit Georgiens* und parteilose Politiker anschlossen. Als exponierter politökonomischer Akteur in diesem Konglomerat tritt der Oligarch Badri Patarkatschswili auf, der erklärt hat, bis auf seinen »letzten Pfennig« alles für den Sturz der »faschistischen Regierung« einzusetzen. Patarkatschswili, ein Geschäftspartner Boris Beresowskijs, lebte bis 2000 in Russland, besaß in Georgien den Fernsehsender *Imedi*, dessen Aktienmehrheit kürzlich an Rupert Murdoch überging, und macht sich nun als Finanzier der Opposition stark.

Zuvor waren die antigouvernementalen Kräfte in Georgien zerstritten. Sie verkörperten das Elend von Opposition, das den GUS-Raum insgesamt charakterisiert. An der Kohärenz dieser »Vereinten Opposition« wird indes gezweifelt. Der russische Kaukasusexperte Markedonow meint, dass sie von politischer Einheit so weit entfernt sei wie der »Demokrat« Saakaschwili von den Standards westlicher Demokratie. Die Opposition hat nun, nachdem der Ausnahme-

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

zustand aufgehoben worden ist und der Termin für die Präsidentschaftswahlen vorgezogen wurde, drei Hauptforderungen: die Wiederherstellung des Rechts auf freie Berichterstattung, die paritätische Besetzung der Wahlkommissionen und die Einstellung der Verfolgung prominenter Personen, die an den Demonstrationen vom 7. November teilgenommen haben. Zu ihrem Kandidaten für die Präsidentschaftswahl ernannte sie den parteilosen Abgeordneten Levan Gachechiladze. Der aber gilt als politisch unerfahrene Kompromissfigur und ist wohl kaum in der Lage, ein Gegengewicht zum amtierenden, wenn auch angeschlagenen Präsidenten zu bilden. Neben ihm haben sich noch acht weitere Kandidaten für die Wahl registrieren lassen. Die Vereinte Opposition schickt Gachechiladze mit einem Konzept der Revision der politischen Gewalten ins Rennen: Er soll (im unwahrscheinlichen Fall seines Wahlsiegs) das Präsidentenamt interimistisch ausüben bis zur nächsten Parlamentswahl, die dann Georgien in eine »parlamentarische Republik« transformieren soll. »Georgien ohne Präsident« wurde zum Schlagwort der Opposition.

Inner- und zwischenstaatliche Konfrontation am Rande Europas

Die bedrängte Regierung erklärte die innenpolitische Krise mit der Verschwörung auswärtiger Mächte: Der russische Geheimdienst sei in letzter Zeit in Georgien besonders aktiv geworden. Man habe von einem Plan erfahren, wonach die Regierung gegen Jahresende gestürzt werden solle. Der Staatsminister für Konfliktlösung legte noch nach: Russland habe gerade erst wieder Panzer, Raketenwerfer und andere schwere Waffen sowie 200 Soldaten »überwiegend tschetschenischer Herkunft« nach Abchasien geschleust. Moskau wies diese Behauptung kategorisch zurück. Die VN-Beobachtermission im Abchasienkonflikt (UNOMIG) konnte sie nicht bestätigen.

Als Beweis für die Zusammenarbeit regierungsfeindlicher Kräfte mit dem Kreml wur-

den Videoaufnahmen von Treffen oppositioneller Politiker mit russischen Diplomaten präsentiert, deren Tonspuren wenig aussagen. Gegen zwei Vertreter der Opposition wurde Anklage wegen Spionage erhoben. In der Opposition sind allerdings kaum Kräfte auszumachen, die der prononciert euroatlantischen Außenpolitik der Regierung eine prinzipiell russlandfreundliche Alternativstrategie entgegensetzen. Der Versuch, die innere Krise auf russische Machtpolitik zurückzuführen, stößt selbst in der georgischen Öffentlichkeit derzeit kaum auf Resonanz. Er ist aber bezeichnend für eine Entwicklung, die Europa im Hinblick auf seine Nachbarschaftspolitik alarmieren muss. In den letzten zwei Jahren haben sich die russisch-georgischen Beziehungen eklatant verschlechtert. Allein in diesem Jahr hat es bereits mehrfach militärische Zwischenfälle wie zum Beispiel Verletzungen des georgischen Luftraums durch russische Militärflugzeuge gegeben. Im Abchasienkonflikt mehren sich entlang der Waffenstillstandslinie Zusammenstöße zwischen russischen Friedenstruppen und georgischen Sicherheitsorganen. Die innenpolitische Krise Georgiens schwelt in einem explosiven Kontext aus »frozen conflicts«, auf deren »Eingefrorenheit« sich niemand verlassen sollte, und wachsender Konfrontation mit Russland.

Ist die »Rosenrevolution« gescheitert? Europa und Deutschland sollten Georgien weiterhin auf das mit ihr verbundene Reformbekenntnis verpflichten. Vor vier Jahren löste in Tiflis eine sehr junge Regierungsmannschaft ein verbrauchtes patriarchalisches Regime ab. Sie beklagte sich damals über schlechte Regierungsführung und Phänomene prekärer Staatlichkeit und forderte Europa auf, sich zugunsten von »better governance« und demokratischer Staatlichkeit in Georgien einzumischen. Die Aufforderung gilt heute erst recht und bezieht sich zunächst auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen.